

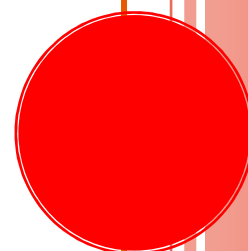
# **STARK FÜR ROTTAL-INN**

**mit einer Politik der klaren Linien**

*Arbeitsprogramm des  
SPD-Kreisverbandes Rottal-Inn  
zur Kommunalwahl am 02. März 2008*



beschlossen auf der Kreisdelegiertenkonferenz  
am 05. Januar 2008 in Eggenfelden



**Textbeiträge:**

Renate Hebertinger,  
Bernhard Hebertinger,  
Maria Bellmann,  
Thomas Asböck,  
Christian Haas,  
Thorsten Frankenberger,  
Hans Stickel,  
Tobias Jobst.

**Redaktion & Layout:**

Thomas Asböck.

© Copyright: SPD-Kreisverband Rottal-Inn, 2008.

## STARK FÜR ROTTAL-INN mit einer Politik der klaren Linien

***Ein menschlicher, sowie wirtschaftlich dynamischer Landkreis steht für die SPD im Mittelpunkt ihres Handelns.***

Unser Landkreis Rottal-Inn liegt mit seiner herrlichen Landschaft mitten im Herzen Europas. Seine Bürgerinnen und Bürger leben gerne hier, und dies muss auch zukünftig so bleiben. Wir befinden uns ständig in einer Phase großer Veränderungen. Veränderungen bergen Probleme und Risiken in sich, bieten aber auch Gelegenheit, Herausforderungen anzunehmen und die Chancen für eine positive Entwicklung des Landkreises und der gesamten Region zu nutzen.

Unsere politischen Schwerpunkte sind:

- Bildung und Arbeitsplätze
- Jugend- und Seniorenarbeit
- Wirtschaft, Tourismus & Umwelt
- ein attraktiver ÖPNV
- die Zukunft unserer Kreiskrankenhäuser.

Mit diesen Themen wollen wir die Bürgerinnen und Bürger bei der Wahl zum Kreistag für uns gewinnen.

Unser Arbeitsprogramm zeigt den Weg in die Zukunft unseres Landkreises auf – mit einer den Bürgerinnen und Bürgern zugewandten Politik.

I.	Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität .....	S. 4
II.	Die Zukunft gestalten im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ...	S. 4
III.	Unser Programm: Stark für Rottal-Inn	
	1. Soziale Arbeitswelt, Ausbildung und Infrastruktur .....	S. 4
	2. Lebenswerter Landkreis für Jung und Alt .....	S. 8
	3. Jugendarbeit, Streetworking und Schulsozialarbeit. ....	S. 9
	4. Bildung und Schulen im Landkreis .....	S. 12
	5. Kreistag und Ausschüsse .....	S. 13
	6. Vitale Strukturen in der Gesundheitsversorgung .....	S. 17
	7. Öffentlicher Personennahverkehr .....	S. 19
	8. Rechtsextremismus .....	S. 23
	9. Energiewende im Landkreis für unsere Umwelt und unsere Wirtschaft .....	S. 25
	10. Die Zukunft unserer Landwirtschaft .....	S. 25
IV.	Zu guter Letzt .....	S. 27

## I. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

### *Ziele und Inhalte sozialdemokratischer Kommunalpolitik*

Sozialdemokratische Politik orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen. Diese Bedürfnisse zeigen das Streben der Menschen nach materieller Sicherheit, nach individueller Entfaltung und persönlichem Glück, nach sozialem Kontakt und gesellschaftlicher Anerkennung, nach Selbstbestimmung und Solidarität. Sie äußern sich konkret in der jeweiligen persönlichen und gesellschaftlichen Lebenssituation, die von den Machtverhältnissen in der Gesellschaft geprägt ist.

## II. Die Zukunft gestalten im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern

*Es ist die Aufgabe einer sozialdemokratischen Kommunalpolitik, das Zusammenleben der Menschen gemeinsam zu gestalten.*

- Kommunalpolitik muss für die Landkreisbewohner greifbar und begreifbar sein.
- Viele kommunalpolitische Entscheidungen betreffen die Menschen unmittelbar und müssen deshalb transparent und nachvollziehbar sein.
- „Kommunalpolitik im Dialog“ bedeutet für uns auch die Einbeziehung aller interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürger.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen keine Ellenbogengesellschaft! Wir stehen für eine solidarische Kommunalpolitik im Landkreis.

## III. Unser Programm: Stark für Rottal-Inn

### **1. Soziale Arbeitswelt, Ausbildung und Infrastruktur**

#### **Mindestlohn**

Es ist aus der Sicht der Rottal-InnSPD ordnungspolitisch unverzichtbar, dass in einer Gesellschaft, in der es so viele unkontrollierte und so viele von Gewerkschaften und von Arbeitgeberverbänden unerfassbare niedrigere Löhne gibt, eine Grundlage geschaffen wird. Diese Grundlage heißt **Mindestlohn**. Mindestlohn ist nicht irgendeine sozialromantische Idee, sondern eine ordnungspolitische Grundlage, die man in einer Gesellschaft unvermeidlich braucht.

Viele fragen sich jetzt sicherlich, was hat dies mit den Kommunalwahlen zu tun? Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen: sehr viel! Auch bei uns im Landkreis wird weit unter 7,50 € bezahlt. Und Mindestlohn ist weit mehr als irgendein sozial- oder arbeitsmarktpolitischer Ansatz. Es ist eine Grundweichenstellung für unsere Gesellschaft. Die Rottal-InnSPD will, dass jemand, der jeden Tag vollschichtig arbeitet, von dieser Arbeit auch leben kann. Hierbei geht es uns vor allem um die Bekämpfung von Lohndumping. Dumping-Löhne betreffen die Menschen, die jeden Tag zur Arbeit gehen und am Ende des Monats mit vier Euro Stundenlohn 720 Euro brutto bekommen. Wo bleibt eine existenzsichernde Untergrenze? Sind sechs Euro die Stunde in Ordnung? Sind vier Euro in Ordnung? Sind 3,18 Euro in Ordnung? – Wir sagen: Nein!

Die Durchsetzung des **Postmindestlohns** war eine wichtige Voraussetzung, um auch für weitere Branchen zu Mindestlöhnen auf tariflicher Basis zu kommen. Es ist auch ein Meilenstein in unserem Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn! Denn gerade auf dem flachen Land, wie bei uns im Landkreis, arbeiten viel mehr Menschen für einen Stundenlohn unter 7,50 €, als vielfach bekannt ist und schämen sich, ergänzendes Arbeitslosengeld II in Anspruch zu nehmen.

Durch dieses ergänzende ALG-II unterstützt die öffentliche Hand derzeit sogar das Lohndumping. Niedrigstlöhne können gezahlt werden, weil durch die Aufstockung mit ALG-II das Überleben gesichert wird. Wenig bekannt ist, wer diese Subventionierung bezahlen muss. Der ergänzende Arbeitslosengeld II-Anspruch wurde 2007 im Länderdurchschnitt zu 68,2 Prozent von den Kommunen finanziert. Ein gesetzlicher Mindestlohn kommt damit auch den kommunalen Haushalten zu Gute, weil er die Subventionierung von Dumping-Löhnen unnötig macht.

### Einhaltung des Entsendegesetzes

Die Rottal-InnSPD fordert, dass **öffentliche Bauaufträge** des Landkreises Rottal-Inn nur an fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich bei **Angebotsabgabe verpflichten**, ihre Arbeitnehmer bei der Ausführung dieser Leistungen nach den jeweils in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Lohntarifen zu entlohnen und dies auch bei ihren Nachunternehmern (Tariftreue- und Nachunternehmererklärung) sicherzustellen.

Der Unternehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen. Der Unternehmer ist ferner verpflichtet, dem Auftraggeber zur Prüfung, ob die Verpflichtung eingehalten wird, im erforderlichen Umfang Einsicht in seine Unterlagen zu gewähren.

Nach dem Gesetz sind öffentliche Auftraggeber verpflichtet, Aufträge an fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmen im Wettbewerb zu vergeben. Öffentliche Auftraggeber sind neben der haushaltsrechtlichen Verpflichtung zur Wirtschaftlichkeit nach dem Grundgesetz auch dem **Sozialstaatsprinzip** verpflichtet. Dieser Verpflichtung kommen Bund, Länder und Gemeinden nach, wenn sie bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge von ihren Auftragnehmern die Entlohnung nach den am **Ort der Leistungserbringung** einschlägigen Entgelttarifen verlangen.

Durch die **Tariftreueverpflichtung im Vergaberecht** werden Wettbewerbsnachteile gesetztes- und tariftreuer Unternehmen gegenüber Niedriglohnkonkurrenten vermindert. Mögliche Mehrausgaben für öffentliche Auftraggeber durch die Entlohnung nach am Ort der Leistungserbringung gültigen Tarifverträgen werden durch positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt gemindert oder gar aufgefangen. Durch die Regelung werden Arbeitsplätze erhalten, die einen ausreichenden sozialen Schutz sowie ein angemessenes Einkommensniveau gewährleisten. Dies stabilisiert auch die Sozialversicherungssysteme.

### Mehr kommunale Ausbildung

Die Rottal-Inn SPD fordert die Kommunen auf, **mehr Ausbildungsstellen** zur Verfügung zu stellen. Alle Kommunen und die Krankenhäuser gGmbH haben eine Vorbildfunktion, wenn es um die Schaffung von Ausbildungsstellen geht. Es kann nicht sein, dass die Politik die Schaffung von Ausbildungsstellen fordert - was auch richtig ist - und die Kommunen selbst nur unzureichend und nicht bedarfsgerecht ausbilden.

Gleichzeitig muss der Landkreis Rottal-Inn seine Möglichkeiten ausnutzen, um zu verhindern, dass Jugendliche nach der Schule keinen Ausbildungsplatz finden. Dazu soll bei **Wirtschaftsförderungsaktivitäten** speziell auf die Zahl der geschaffenen Ausbildungsplätze in förderungswürdigen Firmen geachtet werden. Nur Firmen, die in ausreichendem Maße ausbilden, sollen künftig Fördergelder des Landkreises erhalten. Außerdem soll die Kreiskrankenhäuser gGmbH mehr Personal selbst ausbilden, anstatt die Fachkräfte von außerhalb zu holen.

### Bessere Vernetzung der Betriebe im Landkreis

Im Landkreis Rottal-Inn sollen die Firmen verstärkt dazu animiert werden, miteinander zusammenzuarbeiten und dadurch gemeinsam zu wachsen. Es soll von der Wirtschaftsförderung ein **Netzwerk zwischen den Firmen** des Landkreises aufgebaut werden, damit Unternehmen ihre Erfahrungen austauschen und ihr Know-How gegenseitig nutzen können. Es muss den Unternehmern klar werden, dass in der heutigen Geschäftswelt der Austausch von Wissen und die Zusammenarbeit mit den richtigen Partnern entscheidend für den Unternehmenserfolg ist. So können sich die örtlichen Firmen gegenseitig unterstützen. Statt wichtige Produktbestandteile aus anderen Landesteilen einzukaufen, könnten sie vielleicht auch von einer kleinen Firma vor Ort bezogen werden.

Durch diese Netzwerkbildung wird außerdem erreicht, dass die Unternehmen an den Standort Rottal-Inn gebunden werden. Wenn man in einer Region verwurzelt ist und dort viele wichtige Partnerfirmen gefunden hat, verlagert man als Firma seine Produktion nicht ins Ausland. Durch diese Netzwerke würden natürlich auch langfristig große Vorteile für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen: funktionierende Firmen-Kooperationen erzeugen Wachstum und schaffen Arbeitsplätze. Solche Kooperationen können auf den gesamten Landkreis ausstrahlen und das Lohnniveau erhöhen.

### Bessere Anbindung an das Breitband-Netz

Auch im infrastrukturellen Bereich brauchen die Unternehmen im Landkreis eine bessere Versorgung, als momentan vorhanden, um die Arbeitsplätze in der Region zu halten. In den letzten Jahren hat der **Hochgeschwindigkeits-Internetzugang DSL** seinen Siegeszug in Deutschland angetreten. In vielen ländlichen Gebieten, gerade auch im Landkreis Rottal-Inn ist jedoch noch kein DSL verfügbar bzw. kein Breitband-Netz vorhanden. Dabei handelt es sich um eine entscheidende Schwäche des Wirtschaftsraums Rottal-Inn. Denn viele Firmen siedeln sich nur noch dort an, wo diese Breitband-Zugänge vorhanden sind.

Deshalb fordern wir eine **flächendeckende Versorgung mit DSL** im Landkreis Rottal-Inn und die schnelle Bereitstellung von Breitband-Anschlüssen für Firmen, die diese benötigen. Dazu ist politischer Druck auf die Deutsche Telekom notwendig, die als Netzmonopolist hier eine infrastrukturpolitische Verantwortung hat, die Versorgung auch der ländlichen Regionen flächendeckend sicherzustellen und nicht nur von Rentabilitätsersparungen abhängig zu machen.

### Die A 94

Der Bau der Bundesautobahn A 94 stellt eine der wichtigsten und für den gesamten südostbayerischen Raum zukunftsweisendsten Investitionen in den Erhalt von Arbeitsplätzen, in die Verkehrssicherheit und in eine prosperierende Entwicklung hunderttausender von Bürgerinnen und Bürgern in der Region dar. Dieser Bau wird seit nunmehr seit fast 40 Jahren von der Politik, Wirtschaft und der hier tätigen Firmen gefordert. Der jetzige Anschluss über die Bundesstraße B 12 ist total überlastet und zählt mit zu den unfallträchtigsten Bundesstraßen Bayerns.

Die Rottal-InnSPD fordert den Freistaat auf, endlich seine Versprechen wahr zu machen, die **A 94 mit den nötigen Anschlussstellen** in kürzester Zeit zu realisieren. Die Bundesmittel dafür sind seit geraumer Zeit da. Die A 94 ist als wichtige Verkehrsader für die Wirtschaftsunternehmen im Landkreis Rottal-Inn zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen unverzichtbar und muss schnell und vollständig gebaut werden. Besonders wichtig ist dies für das Handwerk als solide Basis für den Mittelstand und vor allem für unsere Auspendler in den Großraum von München.

### Beim Staatstraßenbau geht nichts mehr

Große Versäumnisse des Freistaates gibt es auch beim Staatsstraßenbau. Die bayerische Staatsregierung kann man im wahrsten Sinne des Wortes als Regierung der 100 000 Schlaglöcher bezeichnen.

Für das 13 600 Kilometer zählende Staatsstraßennetz ist die Bayerische Staatsregierung verantwortlich. Bereits seit 1995 moniert der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) regelmäßig den **äußerst schlechten Zustand** dieses Straßennetzes. 57 Prozent gelten als nicht ausgebaut – ein äußerst schlechtes Zeugnis!

Auch die jüngste Untersuchung im Auftrag der Staatsregierung hat diese Erkenntnis bestätigt. Die Substanz der Staatstraßen hat sich weiter verschlechtert und über die Hälfte

der Staatstraßen entsprechen nicht mehr den verkehrs- und straßenbautechnischen Anforderungen. Schlechte Straßen werden noch schlechter. Schlaglöcher können nicht mehr beseitigt bzw. nur oberflächlich behandelt werden und beim Ausbau herrscht Stillstand.

Während der Bund die Mittel deutlich erhöht hat, reduziert die bayerische Staatsregierung die Mittel für die Staatsstraßen. Wir finden das unmöglich, weil dadurch auch geschaffenes Vermögen nicht sorgfältig erhalten wird. Der Verkehr auf den Staatsstraßen hat nachweislich deutlich zugenommen. Die Staatsregierung muss endlich ihre **Hausaufgaben beim Staatsstraßenbau erledigen!** Dies ist notwendig, um Unternehmen und Bürgern im Landkreis ein intaktes Staatsstraßennetz zur Verfügung zu stellen und darüber hinaus einen Impuls für die Belebung der Bauwirtschaft zu geben. ■

## 2. Lebenswerter Landkreis für Jung und Alt

Hinter dem Begriff „**demografischer Wandel**“ wird die Tatsache versteckt, dass unsere Gesellschaft, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger einfach älter werden, genauer: eine höhere Lebenserwartung als früher haben. Und das ist gut so, weil es ein Zeichen dafür ist, dass unsere Gesundheits- und Sozialsysteme noch funktionieren.

Unser Landkreis hat heute etwa 20 % Einwohner, die älter als 60 Jahre sind. In weniger als 10 Jahren wird beinahe jeder Zweite im Landkreis älter als 60 Jahre sein. Grund ist nicht nur die allgemein höhere Lebenserwartung, Grund ist auch – und ganz besonders – der Zuzug älterer Menschen aus den Städten und Nachbarregionen, die sich hier ihren Ruhesitz schaffen. Viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger wünschen sich nach einem arbeitsreichen Leben ein bisschen Entspannung und Erholung in einer Landschaft, die mehr Grün aufzuweisen hat als die Großstadt, die durch ihre Thermalbäder attraktiv ist und die kulturell ein vielseitiges Angebot aufzuweisen hat. Der demographische Wandel macht sich also in unserer Region stärker bemerkbar als im Landesdurchschnitt. Die politisch Handelnden müssen sich damit auseinandersetzen.

So ist es wichtig, Initiativen anzustoßen, um ein **seniorengerechtes Bauen** zu ermöglichen. Es müssen Anreize gegeben werden, beim Bau neuer Siedlungen die Straßen und Zugänge zu Häusern rollator- und rollstuhlgerecht anzulegen. Es muss die Eigeninitiative gefördert werden, **altengerechte Wohngemeinschaften** zu errichten. Auch die Anlage von **Mehrgenerationenhäusern**, entweder in einem Gebäude oder in Form eines Vierseithofes, wie er hervorragend in unsere Landschaft passen würde, ist zu fördern.

Prävention für Ältere in der Kommune bedeutet u.a. verbesserte **kommunale Wohnberatung**, die helfen soll, Stolperfallen zu beseitigen. Prävention bedeutet, verbesserte ambulante betreute Wohnformen, die eine stationäre Versorgung vermeiden helfen und präventive Hausbesuche von Ärzten und den ambulanten Pflegediensten. Prävention bedeutet auch altersgerechte Freizeitangebote: z.B. **Warmbadetage** in öffentlichen Schwimmbädern, seniorenspezifische Volkshochschulkurse und Bildungsprogramme, die ihnen z.B. das Vertrautwerden mit neuen Medien erleichtern – denn auch Information kann Prävention bedeuten.



Ältere Menschen spielen in der kommunalen Verkehrspolitik bislang kaum eine Rolle. Im Ergebnis wird es vielen Älteren schwer gemacht, mobil zu bleiben. Zum Beispiel werden Fußgängern häufig weite Umwege zugemutet, ehe sie sichere komfortable Möglichkeiten finden, verkehrsreiche Straßen zu überqueren. An Ampeln müssen Fußgänger all zu oft lange warten, um dann während zu kurzer Grünphasen über die Straße zu eilen. Die Geh- und Radwege entlang der Straßen sind vielfach auch zu eng. Für eine Gewährleistung der Mobilität Älterer und die Erhöhung ihrer Sicherheit sollten Verkehrsregelungen und Fahrgeschwindigkeiten den Möglichkeiten älterer Menschen angepasst sein. Ältere Menschen sollten als **Partner im Straßenverkehr** gewonnen werden.

Die Rottal-InnSPD will eine Politik im Landkreis, die sich mit den älteren und auch den behinderten Menschen auseinandersetzt. Wir fordern daher einen **Seniorenbeirat** beim Kreistag mit Rede- und Antragsrecht in den Kreistagsitzungen (➡ vgl. Punkt 5 „*Kreistag und Ausschüsse*“). Wir möchten vor allem einen konstruktiven Dialog mit jungen Menschen, denn sie werden einmal die Älteren sein und uns dann an dem messen, was wir – gerade auch für sie – erreicht, geschaffen und hinterlassen haben.

Neben dem wachsenden Anteil älterer Menschen spürt unser Landkreis besonders auch den Wegzug von immer mehr jungen Menschen. Für sie bieten sich auf dem flachen Land immer weniger Zukunftsperspektiven. Sie verlassen ihre Heimat zum Studium oder zum Zwecke der Ausbildung. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die Gesetzgebung der bayerischen Staatsregierung, die seit 2005 besagt, dass die Kommunen eine **Zweitwohnsitzsteuer** erheben können. Diese Maßnahme, auf reiche Ferienhausbesitzer gerichtet, machen sich aber zunehmend gerade Universitätsstädte zu Nutze, um bei Studenten kräftig abzukassieren. Dies zwingt die Studenten wiederum dazu, ihren Erstwohnsitz anstatt des Zweitwohnsitzes in die Universitätsstadt zu verlegen.

Die Chancen, dass diese Studenten nach dem Ende der Ausbildung in ihre angestammte Heimat zurückkehren, werden dadurch noch geringer und schwieriger, als sie sowieso schon sind. Außerdem verlieren Studierende mit ihrem Wohnsitzwechsel die Möglichkeit, bei Kommunalwahlen die Politik in ihrer Heimat mitzugestalten. Sie können dort nicht mehr kandidieren und sind dort auch nicht mehr wahlberechtigt.

Andererseits wäre in ihrer Heimat, in unserem ländlichen Raum, ihr Sachverstand, auch in Bezug auf Vereine und Verbände und auf eine lebendige, vielschichtige und gewachsene Kultur enorm wichtig. Unsere mittelständischen Betriebe brauchen gut ausgebildete junge Fachleute. Deshalb muss immer das Augenmerk darauf gerichtet sein, Zukunftsperspektiven für unsere Jugend im Landkreis aktiv zu fördern. ■

### 3. *Jugendarbeit, Streetworking und Schulsozialarbeit*

#### Jugendarbeit – spontan und kontinuierlich

Eine erfolgreiche Jugendarbeit muss sich den geänderten gesellschaftlichen Realitäten anpassen. Da immer mehr Jugendliche die traditionellen Verbandsstrukturen ablehnen, kann sich die Jugendarbeit nicht mehr allein an diesen Verbandsmustern orientieren. Jugendarbeit muss zum einen Raum bieten für spontane und einmalige Aktionen, zum anderen soll Jugendarbeit aber auch kontinuierlich sein. Spontanität ist wichtig, um auch

Jugendliche zu erreichen, die nicht in feste Strukturen der Jugendarbeit eingebunden sind. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, die auch einmalige Aktionen aus dem Bereich der Jugendarbeit zulassen ohne Jugendliche sofort in Verbände zu zwingen, z.B. Projektwochen zu gesellschaftlichen, tagesaktuellen Themen. Jugendlichen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, selbstorganisierte Veranstaltungen durchzuführen, seien es soziale, politische oder kulturelle.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Rottal-InnSPD setzen sich dafür ein, dass in jeder Kommune vom Stadt- oder Gemeinderat **eine Jugendbeauftragte bzw. ein Jugendbeauftragter** bestimmt wird, die/der als politisches Bindeglied zwischen Kommune und Jugendlichen dient. Bei der Besetzung dieser verantwortungsvollen Funktion darf Parteipolitik keine Rolle spielen, sondern müssen die fachliche Qualifikation, das Interesse des Einzelnen, die Nähe zur Jugend und die zeitlichen Einsatzmöglichkeiten im Vordergrund stehen. Der/Die Jugendbeauftragte soll durch einen **Jugendausschuss** (eventuell auch Vereinsausschuss) in seiner Arbeit unterstützt werden. Nur durch die Verlagerung der Verantwortung auf mehrere Schultern können wirkungsvolle Angebote, wie **Jugenddiskussionsforen (Parlamente)**, Kinder- und Jugendtage, Ferienprogramme oder sonstige Aktionen in enger Zusammenarbeit mit den Vereinen und offenen Einrichtungen vor Ort angeboten werden. Des Weiterem sind den kommunalen Jugendbeauftragten reelle Entscheidungskompetenzen und Jahresbudgets zur eigenverantwortlichen Verwendung zuzubilligen, um eine effektive Arbeit zu ermöglichen.

Für die kommunale Jugendarbeit des Landkreises stehen derzeit 1,5 Stellen zur Verfügung. Wir fordern den **Ausbau der Halbtagesstelle zu einer zweiten Vollzeitstelle für die erzieherische Jugendarbeit** und für Sozialarbeit, wie im Jugendhilfeplan gefordert. Die Geschäftsführung des Kreisjugendringes ist ebenfalls unterbesetzt. Hier ist die vorhandene 19-Stunden-Stelle für das Aufgabengebiet völlig unzureichend.

Auszuweiten ist auch die Jugendbildungsarbeit im politischen Bereich, um Bildungsdefizite und Politik- bzw. Parteienverdrossenheit bei Jugendlichen – ganz gleich welche Ursachen diesen zu Grunde liegen - abzubauen und staatsbürgerlich-demokratische Kompetenzen zu schulen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, die politischen Jugendorganisationen im Landkreis unter einem Dachverband, dem **Ring politischer Jugend (RPJ)**, zu organisieren, der eine finanzielle Unterstützung politischer Jugendbildungsarbeit möglich macht.

Eine Möglichkeit, mit wenig Aufwand die Jugendarbeit der Vereine zu unterstützen und damit sozial gestaltend zu wirken, besteht in der **kostenlosen Überlassung kommunaler Sportstätten**, Einrichtungen und Medien für die Vereinsjugendarbeit. In jedem größeren Ort des Landkreises soll es ein Jugendzentrum geben, das auch den nicht in Vereinen organisierten Jugendlichen als Treffpunkt und Kommunikationsforum dient. Den Jugendlichen sollen dabei Mitentscheidungsmöglichkeiten geboten werden, um sie realitätsnah zu eigenverantwortlichem, demokratischen und sozialen Verhalten anzuleiten.

Jugendarbeit ist bunt und vielfältig. Dies ist vor allem ein Verdienst der ehrenamtlichen Jugendbetreuer. Sie leisten eine gesamtgesellschaftlich sehr wertvolle Arbeit, die mit hauptamtlichem Personal nie finanzierbar wäre. Daher verdienen sie ehrlich gemeinte Achtung, sowie aktive Anerkennung und Unterstützung durch die Kommunalpolitik.

### Streetworking und Schulsozialarbeit

Die Lebensrealitäten und -perspektiven junger Menschen sind sehr eng mit sozialpolitischen Weichenstellungen verbunden. Größte Herausforderungen auf bundes- und landespolitischer Ebene sind dabei die Bekämpfung der zunehmenden Kinderarmut und eine gerechte Schulpolitik, die allen jungen Menschen die gleichen Bildungschancen eröffnet. Eine gute Bildungspolitik darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen und muss vor allem lernschwächere Schülerinnen und Schüler intensiv fördern.

Gleichzeitig kommt auch den kommunalen Ebenen ein hohes Maß an sozialpolitischer Verantwortung zu. Die Folgen sozialpolitischer Fehlentwicklungen – wo auch immer sie entstehen – müssen oft von den Kommunen getragen werden. Soziale Spannungen bergen insbesondere bei Jugendlichen oft hohes Konfliktpotenzial. Die Kommunen müssen bei entstehenden sozialen Konflikten dafür sorgen, dass es nicht zur Eskalation kommt.

Die Rottal-InnSPD will daher einen **bedarfsgerechten Aufbau von Streetworking** in den größeren Gemeinden und Städten im Landkreis vorantreiben. Unter Streetworking versteht man eine „**aufsuchende Jugendarbeit**“. Speziell ausgebildete Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sind dabei für die Jugendlichen vertrauensvolle Ansprechpartner und kompetente Ratgeber. Sie helfen ihnen bei der Bewältigung individueller Problemlagen.

Die Bandbreite ist dabei oft riesig: Gleichgültigkeit von Erwachsenen, das Fehlen von Perspektiven, Alkohol- und Drogenmissbrauch, neue Suchtformen, Verschuldung, schulische Störungen, Orientierungsprobleme bei der Arbeitsplatzsuche, Antriebsschwäche und Kommunikationsstörungen sind Ausdruck solcher Problemlagen, aber auch gravierender Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft. Wir sind daher der Auffassung, dass neben Pfarrkirchen und Eggenfelden, wo bereits Streetworker im Einsatz sind, auch die Stadt Simbach und größere Marktgemeinden unbedingt Stellen für eine effektive Jugendsozialarbeit schaffen müssen.

Ebenso dringend notwendig ist der **Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen**. Die Schulsozialarbeit ist zwischenzeitlich als überaus wirksames und nachhaltiges Instrument anerkannt, wenn es um die soziale, schulische und berufliche Integration von jungen Menschen mit schwierigen persönlichen oder familiären Rahmenbedingungen geht. Das Angebot leistet einen herausragenden Beitrag zur Chancengleichheit von Schülerinnen und Schülern in belasteten Lebenssituationen und trägt insbesondere zur Vermeidung von Gewalt bei. Die sozialpädagogische Fachkraft engagiert sich für die Stärkung des sozialen Friedens an den Schulen und für einen gelingenden Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt.

Dieses Aufgabenspektrum kann heute von den regulären Lehrkräften in den Schulen gar nicht mehr alleine bewältigt werden. Gründe dafür sind der unübersehbare Lehrermangel, die immer dichter gedrängten Lehrpläne und die zu großen Klassen. Umso bedauerlicher ist es, dass Jugendsozialarbeit an den Schulen des Landkreises so gut wie nicht stattfindet. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halten das Angebot von Schulsozialarbeit zumindest an allen zentralen Schulstandorten des Landkreises für unerlässlich.

Deshalb fordern wir den Freistaat Bayern, der für die Schulpolitik zuständig ist, auf, den Ausbau der Schulsozialarbeit flächendeckend und bedarfsgerecht voranzutreiben. Momentan sieht es hier noch sehr düster aus. Trotz des von allen Fachleuten als dringend erforderlich eingestuften Bedarfes an Schulsozialarbeit an den bayerischen Schulen weigert sich der Freistaat, diesem Bedarf gerecht zu werden. Für insgesamt 4650 Schulen in Bayern (2870 Grund- und Hauptschulen, 1407 berufliche Schulen und 373 Förderschulen) stellte die Staatsregierung im Jahr 2006 nur 87 Planstellen zur Verfügung. Das entspricht einer Abdeckung von 1,8% oder 1 Stelle für 53 Schulen (!)

Wenn wir für unsere Schulen im Landkreis zu echten Verbesserungen kommen wollen, muss die Kommunalpolitik den Druck auf die Staatsregierung erhöhen. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Rottal-InnSPD werden ihre Stimme für eine gerechtere Schulpolitik und für eine bessere sozialpädagogische Betreuung der Schülerinnen und Schüler erheben. ■

## 4. Bildung und Schulen im Landkreis

### Erhalt der wohnortnahen Schule

Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die weiterführenden, sowie die berufsbildenden Schulen im Landkreis erhalten bleiben! Wir fordern den **Erhalt der wohnortnahen Grund- und Hauptschulen**, um einen weiteren Schülertourismus zu verhindern. Eine enge Verzahnung und ein abgestimmtes Konzept für Schule und Wirtschaft im gesamten Landkreis sichern Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Um einen zeitgerechten und ihren Bildungsauftrag erfüllenden Unterricht zu gewährleisten, ist eine **moderne Ausstattung der Schulen** unerlässlich. Dazu gehören insbesondere eine stets aktuelle Medienausstattung (leistungsfähige Computer mit Internetzugang) und deren pädagogisch sinnvoller Einsatz.

### Ganztagsbetreuungsangebote

Die **Mittags- und Nachmittagsbetreuung** an den Schulen des Landkreises muss ausgeweitet werden, bzw. flächendeckend eingeführt werden. Diese Betreuungsangebote sind keinesfalls verpflichtend, sondern die Eltern entscheiden selbst, ob sie diese Möglichkeit annehmen wollen. Das Angebot muss aber zur Verfügung gestellt werden, weil es die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** fördert. Wichtig ist natürlich auch die Art der Betreuung. Es sollte nicht auf eine Verwahrung der Kinder und Jugendlichen hinaus laufen, sondern es muss entsprechend pädagogisch geschultes Personal vorhanden sein, um zum Beispiel qualifizierte Hausaufgabenbetreuung anbieten zu können.

### Ernährungsoffensive

Die Rottal-InnSPD schlägt außerdem vor, im Rahmen einer **Ernährungsoffensive** im Landkreis die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte aus der Region besser zu unterstützen. Dazu zählt auch ein gesünderes Ernährungsangebot in den Landkreisschulen. So sollten mehr gesunde Produkte im Pausenverkauf angeboten werden, denn die öffentlichen Einrichtungen sollten mit gutem Beispiel vorangehen. ■

## 5. Kreistag und Ausschüsse

Der Kreistag ist die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Rottal-Inn. Er wird von den wahlberechtigten Einwohnern des Landkreises in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl für sechs Jahre gewählt. Der Kreistag hat 60 Mitglieder, 10 davon stellt derzeit die Rottal-InnSPD. Der Kreistag beschließt über alle **Selbstverwaltungsangelegenheiten des Landkreises**, insbesondere setzt er die **Haushaltssatzung** fest, verabschiedet den **Haushaltsplan**, erlässt Satzungen zur Regelung kommunaler Angelegenheiten und beschließt über die **Einstellung des Personals** sowie über die Aus- und Durchführung von Maßnahmen und Projekten.

Die Sitzungen des Kreistages sind grundsätzlich öffentlich. Den Vorsitz führt die Landrätin. Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse hat der Kreistag mehrere Ausschüsse gebildet, denen jeweils verschiedene Kreistagsmitglieder angehören.

### Bedeutung des Kreistages

In diesem Zusammenhang möchten wir als Rottal-InnSPD ein Problem ansprechen, das von Jahr zu Jahr mehr an Bedeutung gewinnt. Es geht um den **Bedeutungsverlust des wichtigsten Gremiums in unserem Landkreis**: um den Kreistag selbst. Mehr und mehr wurden dem Kreistag Kompetenzen entzogen und in andere Gremien verlagert. Dies übrigens mit der schwarzen Mehrheit der Mitglieder des Kreistages selbst, die an ihrer Selbstentmachtung mitwirken, ohne sich dessen bewusst zu sein. Derzeit tagt der Kreistag maximal drei bis vier Mal im Jahr.

Dieser Tendenz gilt es ganz energisch in den kommenden Jahren entgegen zu steuern, wenn man nicht tatenlos zusehen will, wie wichtige politische Entscheidungen vom Kreistag nur noch abgenickt werden, weil sie de facto schon in kleinen Zirkeln festgeklopft worden sind. Daher fordert die Rottal-InnSPD, dass der Kreistag wieder **mehr Kompetenzen und mehr politische Verantwortung** bekommen muss.

### CSU-Mehrheit im Kreistag brechen

Der Landkreis Rottal-Inn hat ein deutliches **Demokratiedefizit**, die CSU kann "durchregieren" ohne auf den Willen der Bürgerinnen und Bürger zu hören, genauso wie sie es in Bayern macht. Selbst die Landrätin hat zu Weihnachten über die Presse erklären lassen, es täte der Zusammenarbeit innerhalb der Kreisgremien gut, wenn die CSU ihre absolute Mehrheit verlieren würde.

### Zusammenlegung der Landratswahl mit der Kommunalwahl

Wir fordern nach wie vor eine **Zusammenlegung der Landratswahl mit der Wahl des Kreistages** bei den übernächsten Kommunalwahlen. Seit der außertourlichen Landratswahl von 1987 ist diese immer genau um drei Jahre versetzt zur Kreistagswahl. Dadurch werden jeweils zur Mitte der Legislaturperiode des Kreistages Kosten in fünfstelliger Höhe für die Durchführung von Landratswahlen fällig, die völlig unnötig sind und viel besser für die Arbeit von Vereinen und Verbänden eingesetzt werden könnten.

### Neustrukturierung der Ausschüsse

#### a) **Ausschuss für Soziales, Kindergärten und Schulen:**

Statt des bisherigen **Jugendhilfeausschusses** wollen wir einen **Sozialausschuss**, der die Aufgaben des Jugendhilfeausschusses übernimmt und zusätzlich um den Bereich Schulen ergänzt wird.

#### b) **Ausschuss für Familie, Frauen, Jugend und Senioren:**

Dieser Ausschuss ist völlig neu zu konstituieren. Er setzt sich mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien, Senioren, Frauen und Jugendliche auseinander. Dazu gehören z. B. **Kinderbetreuung, Kinder- und Jugendprojekte** für Demokratie und Toleranz, **Altenpflege** und die Beteiligung älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben, die **Gleichstellung** von Männern und Frauen und die **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen**.

Darüber hinaus befasst er sich mit laufenden Gesetzesvorhaben und Initiativen, die das bürgerschaftliche Engagement betreffen. Beispiele sind: staatlich geförderte Arbeitsplätze bei gemeinnützigen Trägern, Vereinsrecht, staatliche Förderung von Vereinen. Der Ausschuss verfolgt Entwicklungen in der Bürgergesellschaft, pflegt den Dialog mit gesellschaftlichen Organisationen und bereitet politische Initiativen zum Thema vor.

Der Ausschuss soll sich auch speziell für die Belange und Rechte von Kindern und Jugendlichen einsetzen. Er bekommt auch die Zuständigkeit für das **Jugendparlament** und den **Seniorenbeirat** übertragen, die die Rottal-InnSPD beide neu auf Landkreisebene einrichten will.

#### c) **Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Verkehr, Umwelt und Landwirtschaft:**

Mit der Umbenennung bzw. Erweiterung des bisherigen Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft um die Bereiche Verkehr und Tourismus könnte man diesen Ausschuss wieder mehr Leben einhauchen. Zudem könnte sich dieser Ausschuss verstärkt um die A94 bzw. um die Rottal- und Inntalbahn kümmern.

**d) Ausschuss für Kultur, Vereine und Sport:**

Der Kulturausschuss sollte um die Belange der Vereins- und Sportvereinsarbeit erweitert werden, da wir hier natürliche Berührungspunkte sehen.

**e) Krankenhaus- und Gesundheitsausschuss:**

Sollte es weiterhin nicht möglich sein, dass der Aufsichtsrat der Krankenhäuser gGmbH öffentlich tagt (mit Ausnahme von schutzbedürftigen Angelegenheiten), so fordert die Rottal-InnSPD die **Wiedereinführung eines Krankenhausausschusses**.

Nachdem der Landkreis auch das jährliche Defizit der drei Krankenhäuser zu tragen hat, ist es nur konsequent, **eine bessere und umfangreichere Information der zuständigen Kreisräte** zu fordern. Außerdem wäre der Landkreis nicht so abhängig von einer privaten Krankenhaus-Firma (wie z.B. Asklepios).

Die Mitglieder im Krankenhausausschuss sind über alle wichtigen Angelegenheiten der drei Krankenhäuser zu unterrichten. Er entscheidet ferner grundsätzlich über Fragen der Krankenpflegeschule in Eigenverantwortung. Hierzu zählt insbesondere die Ausbildung von Personal. Die Mitglieder der Betriebsleitung sind zur Teilnahme an den Sitzungen verpflichtet. Der Betriebsrat nimmt mit 3 Mitgliedern als Gast teil. **Die Sitzungen sind öffentlich**, schutzbedürftige Angelegenheiten werden in nichtöffentlicher Sitzung beraten.

**Kreisräte als Referenten**

Die Außenvertretung des Landkreises muss künftig wieder mehr als bisher über die Kreisräte erfolgen. Deshalb fordern wir die **Einsetzung von Kreisräten als Referenten** (z.B. für Feuerwehr, Schulen, Kultur, Sport, Kindergärten, usw.)

**Einrichtung eines Jugendparlamentes**

Ihrer Meinung politisches Gewicht zu verleihen, ist für Kinder und Jugendliche eine schwere bis unmögliche Aufgabe. Letztlich müssen heute ihre Interessen und Bedürfnisse von den älteren Generationen befördert werden. Sei es das Bereitstellen von Freizeitmöglichkeiten für Kinder, wie z.B. das Anlegen eines Spielplatzes, oder von Ausgehmöglichkeiten für Jugendliche, wie Discos oder Bars, mit den damit verbundenen Problemen (Gewalt vor oder in den Discos). Die Auseinandersetzung mit Themen, die die Jugend des Rottals beschäftigt, ist bisher die Sache der Kommunalpolitiker und sozialberuflich Tätigen.

Wir wollen daher ein sogenanntes **Jugendparlament auf Landkreisebene** einrichten. Hier soll der Jugend ein Forum geboten werden, um sich mit genau diesen Themen selbst auseinandersetzen zu können. Wir wollen den Kindern und Jugendlichen unseres Landkreises die Möglichkeit geben, ihre Anliegen in einem politischen Gremium zu debattieren und in die Öffentlichkeit zu tragen, was derzeit so umfassend nicht möglich ist.

Demokratie muss auch erlernt werden. Die Jugendlichen haben in diesem Gremium die einmalige Gelegenheit, zu erfahren, was es heißt, seine Meinung zu bilden, zu vertreten und zu verteidigen, um sie dann letztendlich als mehrheitsfähig verabschieden zu können. Der viel zitierten Politikverdrossenheit kann man nur entgegentreten, indem Zugänge zur Demokratie und ihren Prozessen, die oft durchaus langwierig sein können geschaffen werden.

Das Jugendparlament hat allerdings keine Entscheidungsbefugnis und es soll auch keine Konkurrenz zum Kreistag darstellen. Es kann aber die **Arbeit des Kreistages in jugendpolitischen Sachfragen kompetent unterstützen** und die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen gegenüber dem Kreistag äußern.

Vor der Einrichtung eines solchen Parlaments sollten relevante Organisationen des jugendlichen Lebens wie Schulen, Vereine, oder Jugendverbände dazu befragt werden, ob und wie sie das neue Gremium der Jugendlichen unterstützen. In Schulen könnten z.B. Wahlen abgehalten werden. Der Kreisjugendring könnte Einführungsseminare in kommunalpolitischer Jugendarbeit anbieten. Auch über bestimmte Satzungsfragen soll schon im Vorfeld in Zusammenarbeit des Kreistags mit den oben genannten Organisationen Grundlegendes festgesetzt werden, z.B. das Alter für aktives und passives Wahlrecht – bei bereits existierenden Jugendparlamenten ist das beispielsweise der Abschnitt zwischen dem Eintritt in die fünfte Klasse und dem Alter von 18 Jahren. Letztlich bleibt es aber die allererste Aufgabe des Parlaments selbst, sich eine Satzung zu geben, in der auch die im Vorfeld getroffenen Entscheidungen verändert werden können.

### Einrichtung eines Seniorenbeirates

Als Pendant zum Jugendparlament wollen wir auch einen **Seniorenbeirat auf Landkreisebene** neu schaffen. Der Seniorenbeirat soll im Turnus der Kommunalwahlen gebildet werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Senioren werden auf Vorschlag der verschiedenen Verbände, Kirchengemeinden und anderen sozialen Einrichtungen vom Kreistag bestellt. Der Beirat arbeitet **unabhängig, überparteilich und interkonfessionell**. Er sieht seine Aufgaben darin, die Öffentlichkeit, Politiker, kommunale und staatliche Behörden, Kirchen sowie gesellschaftspolitische Gruppierungen auf Themen des Älterwerdens aufmerksam zu machen. Er weist auf Probleme älterer Menschen hin und arbeitet an deren Lösungen mit.

Der Seniorenbeirat versteht sich als **Forum der Meinungsbildung und des Erfahrungsaustausches** auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet. Er möchte älteren Bürgerinnen und Bürgern Wege aufzeigen, das Älterwerden nicht als Krise, sondern als Chance zur Neuorientierung zu begreifen und durch aktive Lebensgestaltung gesellschaftliche sowie politische Teilhabe zu erfahren.

Er soll die Interessen und Belange älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Öffentlichkeit, bei Behörden, kommunalen Gremien und in der Politik vertreten. Ferner soll er mitwirken bei Planungen von Einrichtungen, Maßnahmen und Programmen und Einfluss nehmen auf die Verwirklichung von gesellschaftspolitischen und kulturellen Aufgaben. ■



## 6. Vitale Strukturen in der Gesundheitsversorgung

### Krankenhäuser in Eggenfelden, Pfarrkirchen und Simbach

Die Rottal-InnSPD spricht sich klar und eindeutig für den **Erhalt aller drei Krankenhäuser** beim Landkreis Rottal-Inn aus und lehnt eine weitere Privatisierung bzw. Verkauf strikt ab. Die Rottal-InnSPD sieht die Strukturen für die drei Krankenhäuser als wegweisend an: die Zentralisierung der **operativen Fächer in Eggenfelden**, den Ausbau der **Psychosomatik in Simbach** und den Ausbau der **Seniorenmedizin in Pfarrkirchen**.

Es sollten jedoch künftig keine Schnellschüsse mehr gemacht werden. Gerade die **Aufweichung von gefassten Beschlüssen** und eine **nicht ordnungsgemäße Information** führen zu Misstrauen. Die Kreisräte müssen vor entscheidenden Maßnahmen rechtzeitig und umfassend informiert werden. Hierbei wäre die Einsetzung eines **Krankenhausausschusses** sinnvoll und notwendig (➔ vgl. Punkt 5 „*Kreistag und Ausschüsse*“).

Für uns SozialdemokratInnen sind Krankenhäuser wie das gesamte Gesundheitswesen Maßnahmen und Einrichtungen, mit denen die öffentliche Hand eine ihrer **Aufgaben der Daseinsvorsorge** erfüllt. Dass dies zum Teil durch Dritte wahrgenommen wird, ändert nichts am Prinzip. Entsprechend sind Krankenhäuser keine Unternehmen am Markt, sondern zu finanzierende Einrichtungen. Markt- und Wettbewerbsmechanismen können nur nachgeordnete Steuerungshilfen sein.

Ein Kreisrat, der auch **amtierender Bürgermeister der Kreisstadt Pfarrkirchen** ist, hat nun den **Verkauf des Pfarrkirchener Krankenhauses** an einen privaten Anbieter ins Spiel gebracht, während **Bündnis 90/Die Grünen** sogar die **Schließung von zwei Häusern** wollen. Hier ist weder eine „Kirchturmpolitik“ förderlich, noch die Verunsicherung des Personals durch die Forderung nach Schließung von zwei Häusern. Richtig wäre vielmehr die Suche nach Strukturmaßnahmen, die endgültig die drei Krankenhäuser sichern. Gerade das **Personal** hat in den letzten drei Jahren **2,9 Millionen Euro** an finanziellen Mitteln durch Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld eingebracht und hat somit den bisher größten Beitrag zur Sicherung der drei Krankenhäuser geleistet. An der „Spitze“ sind bisher nicht einmal ähnlich hohe Einsparungen vorgenommen worden.

Die Rottal-InnSPD hält das Spiel mit dem „Feuer“ und die wieder entfachte „Kirchturmpolitik“ nicht für angebracht und fordert alle auf, zur Sachlichkeit zurückzukehren. Gerade ein Konkurrenzkampf unter den drei Krankenhäusern könnte sehr gefährlich werden und jedes Haus in Gefahr bringen.

### Gesundheit, Wellness und Kuren in Bad Birnbach

Als wichtige Säule in der Gesundheitsvorsorge sieht die Rottal-InnSPD das Gesundheitszentrum Bad Birnbach. Bad Birnbach hat gerade in den letzten Jahren hier große Anstrengungen unternommen. Zahlreiche Angebote zum Thema **Gesundheit, Wellness, Kuren und Medizin** warten in Bad Birnbach auf unsere Bürgerinnen und Bürger. Daher ist wichtig, dass diese Angebote in Bad Birnbach wahrgenommen werden, denn in Bad Birnbach sind viele Arbeitsplätze geschaffen worden, die es zu erhalten bzw. auszubauen gilt.

Die bisher als "Ambulante Badekur" bekannte Kur, heißt nun "**Ambulante Vorsorgeleistung**". Auf dem Kurarztschein unterscheidet man zwischen der ambulanten Vorsorgeleistung zur Krankheitsverhütung und der ambulanten Vorsorgeleistung bei bestehender Krankheit. Durch die gesetzliche Regelung stehen jedem Bürger diese Leistungen **alle drei Jahre**, bei medizinischer Notwendigkeit sogar in kürzeren Abständen zu. Jedes Mitglied einer gesetzlichen Kranken- oder Ersatzkasse und dessen mitversicherte Familienangehörige können diese Art der Kur in Anspruch nehmen.

**Ambulante Vorsorge- und Rehabilitationskuren** dauern im Normalfall drei Wochen. Bei medizinischer Notwendigkeit gibt es die Möglichkeit, den Kuraufenthalt zu verlängern. Die Arztkosten werden von der Kasse voll übernommen. Für Kurmittel und Anwendungen muss lediglich der übliche Eigenanteil gezahlt werden.

Auch sollte man in Bad Birnbach noch mehr auf **Mutter-Kind-Kuren** bauen. Sie sind wichtige Vorbeugemaßnahmen und gehören jetzt zu den **Pflichtleistungen der Krankenkassen**. Ausgebaut werden könnte in Bad Birnbach noch das Angebot von **WellVital**. Im ganzen Ort gibt es bisher nur einen zertifizierten WellVital-Betrieb, obwohl dieses Angebot bereits viele Urlauber in Anspruch nehmen. Es ist notwendig, dass Bad Birnbach seinen Gästen einen **qualifizierten Gesundheitsurlaub** und **medizinisch orientierte Prävention zur Gesundheitsvorsorge** anbieten kann, denn Fachleute prognostizieren für diesen Markt hohe Wachstumsraten.

Die Rottal-InnSPD will, dass Bad Birnbach ein **fester Bestandteil in der Gesundheitsvorsorge** beim Landkreis bleibt und beim weitem Ausbau unterstützt wird.

### Ein Pflegenetz für Rottal-Inn

Der demografische Wandel in der Gesellschaft wird zu durchgreifenden Veränderungen in allen Bereichen des Gesundheitssystems führen. Die Rottal-InnSPD hat diese Herausforderung erkannt und will sie zu einem der Kernthemen machen.

Das **integrierte Versorgungsmodell** für Bürgerinnen und Bürger in Pflegeeinrichtungen soll sowohl die **medizinische Effizienz** steigern, als auch wirtschaftliche Ressourcen ausschöpfen helfen. Ziele des Vorhabens sind, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zu verbessern, akute Erkrankungen zu verhindern, schneller auf akute Verschlechterungen zu reagieren und eine verantwortungsvolle, **sach- und fachgerechte Versorgung** sicherzustellen.

Um diese Ziele zu erreichen sollen **Ärzte, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zusammengeschlossen** werden, um eine bessere Kommunikation und Abstimmung unter den Leistungserbringern herzustellen. Dabei sollen alle Netzpartner die medizinischen/pflegerischen Leistungen sowie die differenzierten Versorgungsangebote über alle Versorgungsebenen hinweg in enger Zusammenarbeit sicherstellen.

Kernstück des Vorhabens ist, die **Koordination zwischen den Netzpartnern zu verbessern**, die **hausärztliche Verfügbarkeit sicherzustellen** und ein standardisiertes Vorgehen bei der Verlegung eines Patienten ins Krankenhaus und wieder zurück in die Pflegeeinrichtung umzusetzen. ■

## 7. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Im Landkreis Rottal-Inn, der in dieser Hinsicht als typisch für den niederbayerischen Raum gelten kann, besteht ein ausgesprochen schwaches ÖPNV-Angebot sowohl im Straßen- als auch im Schienenverkehr. Gleichzeitig stellt der Landkreis mit dem Rottaler Bäderdreieck, mit seiner Nähe zu der Drei-Flüsse-Stadt Passau, zu den Wintersportgebieten um den Großen Arber und dem Bayerischen Wald und zu den unmittelbar angrenzenden EU-Mitgliedstaaten eine höchst **attraktive Tourismusregion** dar.

Diese Region ist durch öffentlich zugängliche Verkehrsmittel nur unzureichend erschlossen und wird daher durch privaten motorisierten Straßenverkehr erheblich belastet. Ziel ist es daher, eine Konzeption für ein Busverkehrssystem zu entwickeln, das den Bedürfnissen und Ansprüchen des Tourismusverkehrs, den Freizeitangeboten für die Einwohnerschaft in vollem Umfang entspricht. Das gegenwärtige ÖPNV-Liniennetz und die bestehenden Fahrplanangebote sind nicht in der Lage, dies zu leisten.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Vorhabens liegt v.a. in einer **wesentlich verstärkten Attraktivierung der Landkreisregion** durch die angestrebte Verbesserung der Erreichbarkeit von Tourismus- und Freizeitzielen durch qualitativ hochwertige und attraktive ÖPNV-Angebote. Dies soll dazu führen, dass die Freizeit- und Tourismuswirtschaft der Region bessere Möglichkeiten erhält, ihre Angebote zu vermarkten. Für die insgesamt strukturell benachteiligte Region stellt der Tourismus- und Freizeitverkehr eine wesentliche Einnahmequelle für die Wirtschaft und auch für die Kommunen dar. Jede Verbesserung wirkt sich daher positiv auf die Wirtschaftskraft der Region insgesamt aus.

Eine besondere Aufgabenstellung ergibt sich aus der unumgänglichen Notwendigkeit, den jugendlichen Einwohnern der Region eine attraktive und preisgünstige Möglichkeit zu bieten, um Freizeiteinrichtungen, Discos, besondere Events etc. zu besuchen, ohne den eigenen Pkw oder entsprechende private Mitfahrgelegenheiten benutzen zu müssen. Die Unfallstatistiken weisen gerade für solche Fahrten und besonders bei den FahranfängerInnen überdurchschnittlich hohe und überdurchschnittlich schwere Unfallzahlen aus.

Ein besonders zu berücksichtigender Aspekt soll in einer durchgängig **barrierefreien Gestaltung des ÖPNV-Angebotes** liegen. Gerade in den Kurorten der Region ist mit einer überdurchschnittlich großen Anzahl mobilitätsbehinderter Personen zu rechnen, die zudem meist auch nicht über einen eigenen Pkw verfügen und insofern auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind.

### Der Rottaler Freizeitbus

Aufgrund dieser ganzen vorgenannten Überlegungen fordern wir als Rottal-InnSPD die **Einführung eines Freizeitbusses für den Landkreis Rottal-Inn**. Der Freizeitbus soll die Mobilität der nicht motorisierten Bevölkerung erhöhen. Er kommt deshalb älteren oder körperbehinderten Menschen zu Gute, genauso wie Jugendlichen ohne Führerschein bzw. mit Führerschein auf Probe oder Feriengästen, die ohne Auto und ohne Ortskenntnis hier unterwegs sind und jedem anderen Bürger, der sein Auto gerne stehen lassen möchte

(z. B. bei einem Besuch des Theaters an der Rott bei winterlichen Straßenverhältnissen). Auch Schulen könnten den Bus für Lehrveranstaltungen nutzen.

Wir wollen kulturelle und touristische Freizeiteinrichtungen im Landkreis nach einem festen Fahrplan anfahren. Der Fahrplan kann **saisonabhängig** sein (z. B. Freibäder und Hallenbäder) und er kann bestimmte Ziele z. B. nicht täglich, sondern einmal oder zweimal wöchentlich anfahren. Die Ziele können sich am Freizeitpass oder am Kunst- und Kulturführer des Landkreises orientieren.

Zur Finanzierung müssen alle denkbaren Fördermuster ausgelotet werden. Denkbar ist eine öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP), die Suche nach Sponsoren, eine Förderung durch Euregio, LEADER oder Xper-Regio, die Förderung der Verkehrsgemeinschaft Rottal-Inn durch die Regierung von Niederbayern, die Förderung durch das Wirtschaftsministerium bei Bussen, die nicht mit Diesel betrieben werden oder die Schaffung eines eigenen Trägervereins, der auf Grund von Gemeinnützigkeit wieder eigene Fördervorschriften hat. Die Erstellung der Finanzierung und die bestmögliche Fahrplangestaltung sollte einem unabhängigen Verkehrsplaner übergeben werden.

Wir wollen, dass der Freistaat Bayern und der Bund uns alle Möglichkeiten der Förderung des ÖPNV, die uns in den vergangenen Jahren genommen wurden, wieder in vollem Umfang gewährt. Wir wollen, dass die Busunternehmen im Landkreis durch staatliche Förderung von Land und Bund in die Lage versetzt werden, verstärkt **biogene Kraftstoffe** einzusetzen. Dies hilft der heimischen Landwirtschaft durch Absatz der eigenen Produkte vor Ort und der Umwelt durch Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Ausstoß vor Ort.

### Mitfahrzentrale für den Landkreis Rottal-Inn

Die Rottal-InnSPD fordert die Einrichtung einer **flächendeckenden Mitfahrzentrale** für alle 31 Kommunen als **Internetservicestelle** beim Landkreis Rottal-Inn. Hierbei soll sich der Landkreis Rottal-Inn bei der Internet-Plattform „Mifaz“ registrieren lassen. Dabei werden Fahrgemeinschaften online – also via Internet – vermittelt. Die dafür anfallenden Kosten sollen vom Landkreis Rottal-Inn übernommen werden, damit die Mitfahrzentrale (Mifaz) für alle Interessenten kostenlos ist. Um die Resonanz festzustellen, soll das Projekt zunächst auf ein Jahr befristet sein.

Geld sparen, die Umwelt schonen, neue Leute kennen lernen - und dabei noch bequem von A nach B kommen. Was sich anhört wie der Traum vieler Pendler, sollte im Landkreis Rottal-Inn schon bald Realität werden. Dort können sich vor allem Pendler - aber auch Leute, die eine einmalige Mitfahrgelegenheit suchen oder anbieten - austauschen und verabreden. Fahrgemeinschaften als solches sind nichts Neues. Wohl aber, dass diese übersichtlich im Internet gebündelt werden und jeder Interessierte Einträge abrufen oder hinzufügen kann.

Fahrgemeinschaften haben gerade jetzt mehr Brisanz denn je. Vor allem angesichts der weiter steigenden Spritpreise kann so der Geldbeutel enorm entlastet werden. Außerdem könne so der alltägliche Pendlerverkehr eingedämmt werden. Darüber hinaus soll mit den Fahrgemeinschaften natürlich auch die Umwelt geschont werden: weniger Benzinverbrauch ist gleich weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

Als positives Beispiel kann hier der Landkreis Passau angeführt werden, wo dieses Projekt bereits ab Januar 2008 für die Landkreis Bewohner startet. Flächendeckend für alle 38 Gemeinden hat sich der Landkreis Passau bei der Internet-Plattform "Mifaz" registrieren lassen. Die Mitfahrzentrale, kurz Mifaz, ist für alle Interessierten gebührenfrei. Die anfallenden Kosten übernimmt der Landkreis Passau. Zunächst ist das Projekt „Mitfahrzentrale“ auf ein Jahr begrenzt. Die Zukunft des Internetportals für die Region hängt also von der Resonanz ab.

### Mehr Volldampf für die Rottalbahn

Die Rottalbahn zwischen Passau und Mühldorf stellt derzeit kaum eine sinnvolle Alternative zum Auto dar. Hauptgrund dafür sind die langen Fahrzeiten aufgrund des unzureichenden Ausbaus. An der 96 Kilometer langen Strecke liegen sehr viele, nicht gesicherte Bahnübergänge, so dass die dort verkehrenden Züge kaum schneller als 50 km/h fahren können. Weil es zu wenige Zugkreuzungspunkte gibt, verkehrt die Regionalbahn dort derzeit nur im 2-Stunden-Takt. Regelmäßig werden deshalb auch Stimmen laut, die die Stilllegung dieser Bahnstrecke fordern, weil die Strecke von den Pendlern nicht ausreichend genutzt wird. Letztendlich ist es eine Frage der Sichtweise: Wird die Bahnstrecke nicht ausreichend modernisiert, weil sie zu wenig genutzt wird und damit unrentabel ist, oder wird sie nicht ausreichend genutzt, weil sie völlig unzureichend ausgebaut und somit unattraktiv ist?

**Die Rottal-InnSPD steht zur Rottalbahn** und fordert von der DB Regio „SüdostbayernBahn“ den **weiteren konsequenten Ausbau dieser Strecke**. Fahrzeiten von Pfarrkirchen nach Passau von 90 Minuten für eine 50 km lange Strecke, oder von über zwei Stunden von Pfarrkirchen bis München Hbf. sind deutlich zu lang. Es müssen weitere Bahnübergänge aufgelassen oder mit Schranken gesichert werden. Das Ziel der DB Regio, durch die Schaffung von mehr Zugkreuzungspunkten den **Stundentakt** einzuführen, begrüßen wir.

Gerade am Beispiel der Rottalbahn wird deutlich, weshalb wir **Sozialdemokraten gegen eine Privatisierung** des Unternehmens „Deutsche Bahn“ sind. Für uns ist klar: Die Bahn ist eine Einrichtung, die dem Gemeinwohl dienen muss und deshalb nicht privaten Kapitalinteressen geopfert werden darf. Private Unternehmen haben dagegen nicht das Gemeinwohl im Auge, sondern die Interessen ihrer AnteilseignerInnen. Ziel ist es, profitabel zu arbeiten und Gewinne zu erzielen. Vermeintlich unrentable Strecken würden bedingungslos gestrichen, ohne zu prüfen, ob Investitionen in die Infrastruktur nicht auch zu einer höheren Rentabilität beitragen könnten. Nur eine Bahnführung, in der die Politik maßgeblich mitredet, kann sicherstellen, dass ländliche Regionen wie der Landkreis Rottal-Inn nicht völlig vom ÖPNV abgehängt werden.

### Zweispuriger Ausbau der Bahnstrecke Simbach – Mühldorf

Dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs kommt neben seiner Funktion als Daseinsvorsorge im ländlichen Raum vor allem in den Stadt- und Umlandbereichen Simbach – Mühldorf - München und den zentralen Orten mittlerer Stufe besondere Bedeutung zu. Der Freistaat Bayern will aufgrund des wachsenden Transportvolumens im Schienenverkehr die Bahnstrecke **von München ins Chemiedreieck zweispurig ausbauen**

**und elektrifizieren.** Die Rottal-InnSPD fordert deshalb, dass die **Bahnstrecke Mühldorf – Simbach in die Planungen mit einbezogen** werden muss.

Auch ein wichtiger Grund dafür ist, dass jetzt in Österreich wieder neu über eine schnelle Bahnverbindung von Linz nach München diskutiert wird; und zwar konkret für die Strecke über Neumarkt-Kallham und Braunau. Eine Strecke, die seit vielen Jahren mehr oder weniger im Dornröschenschlaf liegt, soll somit wieder zu neuem Leben erweckt werden. Bisher fahren die Züge von München aus nur nach Simbach, höchstens nach Braunau. Um die Sache zu beschleunigen, will Österreich sogar **zwei ICE-Schnellzugpaare** auf der Strecke Linz – Braunau – Simbach – München fahren lassen.

### **Die Anbindung der Region an den Flughafen München**

Ostbayern hat einen Anspruch auf eine **hochwertige Schienenanbindung an den Flughafen München**. Die heute bestehenden Verbindungen sind ungeeignet, unserer Region gerade im Tourismus-, Freizeitverkehr und bei der Bewerbung um sportliche Veranstaltungen auf nationaler und internationaler Ebene Chancen einzuräumen. Wir wollen eine auf die Bedürfnisse unseres Landkreises abgestimmte Planung eines attraktiven Bahnanschlusses an den Flughafen München und damit natürlich auch an die Landeshauptstadt. Wir wollen klare Zusagen der Staatsregierung zur Finanzierung. Wir wollen die Realisierung nicht erst in 20 Jahren, sondern schnellstmöglich.

### **Nein zum Transrapid!**

Der Transrapid ist technisch, **verkehrspolitisch und finanziell unsinnig**, industriepolitisch wirkungslos und wird gegen den Willen der Bevölkerung vorangetrieben. Nach alten Schätzungen kostet der Transrapid 1,85 Milliarden Euro. Seitdem sind die Preise – vor allem für Energie und Rohstoffe – deutlich gestiegen. Eine aktualisierte Kostenschätzung und die bei einem solchen Projekt nahezu unvermeidlichen Kostensteigerungen im Verlauf des Baus dürften den Preis auf über **2,2 bis 2,5 Milliarden Euro** anheben. Davon müsste der Freistaat Bayern eine Milliarde übernehmen. Darüber hinaus muss der Transrapid dauerhaft subventioniert werden.

Wir wollen dieses Geld, dass der Freistaat hier verpulvern will, lieber **sinnvoller für unsere Region einsetzen**: für den Staatsstraßenbau, für den zweispurigen Ausbau der Inntalbahn, für den zügigen Weiterbau der A94 oder für diverse Ortsumgehungen, die nicht nur wegen der „Maut-Flüchtlinge“ dringend erforderlich sind.

### **Keine Stehplätze mehr bei der Schülerbeförderung!**

Noch immer ist es keine Ausnahme, dass Schulkinder mehr als eine Stunde in Schulbussen unterwegs sind – morgens zur Schule und mittags nach Hause. In einigen Schulbussen stehen nicht einmal ausreichende Sitzplätze für die Schulkinder zur Verfügung. Wir wollen ein flächendeckendes Schulbussystem, das es allen Schulkindern ausnahmslos erlaubt, in zumutbarer Zeit und unter zumutbaren Bedingungen, auch in ordnungsgemäßen Schulbussen, zur Schule und wieder nach Hause zu kommen.

Die teilweise **berstend vollen Schulbusse** sind der Rottal-InnSPD ein Dorn im Auge. Die Sorgen vieler Eltern angesichts von Bussen, in denen die Kinder wie die Sardinen hinein gequetscht, also auch die Stehplätze voll belegt sind und die teilweise auch noch weite Strecken zurücklegen müssen, sind eingedenk des erhöhten Unfallrisikos für die Kinder absolut verständlich.

Kommunen, die mehr tun wollen im Sinne der Kinder zahlen drauf und werden durch den Ausgleich mit den **Schülerbeförderungskosten** auch noch durch den Freistaat bestraft! Doch die Frage, ob und wo im Freistaat zur Verminderung der Unfallgefahr die Anzahl der im Bus zugewiesenen Stehplätze reduziert werden können, wurde von der Staatsregierung bisher nicht beantwortet. Eine Umfrage bei den Regierungen hat lediglich erbracht, dass der Landkreis Garmisch-Partenkirchen Stehplätze generell ausschließt und die Stadt Kaufbeuren die Schüler "aus gesundheitlichen Gründen" ausschließlich auf Sitzplätzen befördert.

Weiter wird nur darauf hingewiesen, dass die für die Schülerbeförderung Verantwortlichen, in der Regel die Kommunen, "wie die gesamte öffentliche Hand an die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gebunden" seien, "sodass Kinder unter Umständen auch auf den Stehplätzen befördert werden müssen". Wenn jedoch Kommunen im Sinne der Kinder "über den als notwendig angesehenen Standard hinaus" gehen wollen, "muss sich der Staat die Prüfung vorbehalten, die daraus erwachsenden Kosten nicht als 'notwendig' im Sinne der Zuweisungen anzuerkennen".

Von daher verwundert es auch nicht, dass die Bezirksregierungen bislang von ihrer Möglichkeit, Stehplätze ganz oder teilweise auszuschließen, keinen Gebrauch gemacht haben - denn hier geht es auch ums Geld! Die Rottal-InnSPD hält es aber für eine krasse Fehlentscheidung, wenn der Staat hier **auf dem Rücken der Schulkinder spart!**

Hat sich die SPD im Landtag bereits in der Vergangenheit für eine deutlichen **Erhöhung der staatlichen Zuschüsse** zur Schülerbeförderung stark gemacht, so gilt es jetzt auch durchsetzen, dass die Zeiten von Schulbussen, die besser den Namen „Sardinenbüchse“ verdienen, der Vergangenheit angehören – und damit auch das erhöhte **Sicherheitsrisiko** für viele Schülerinnen und Schüler. ■

## 8. Rechtsextremismus

In den vergangenen Jahren haben rechtsextreme Aktivitäten in Bayern stark zugenommen. Auch der Landkreis Rottal-Inn ist dabei nicht außen vor. Bereits seit den 60er Jahren gibt es hier einen NPD-Kreisverband, der bis vor wenigen Jahren allerdings kaum öffentlich in Erscheinung getreten ist. Dies hat sich geändert. Die NPD erhält mittlerweile Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung und kann ihre Öffentlichkeitsarbeit dadurch professionalisieren. Im Landkreis Rottal-Inn geschieht dies hauptsächlich durch die Internetpräsenz und durch Verteilen von Flugblättern zu politischen Themen. Die Funktionäre der NPD treffen sich nicht mehr in geheimen Zirkeln, sondern sie treten verstärkt öffentlich in Erscheinung.

Es ist nicht mehr das typische Bild von Neonazi-Aufmärschen oder Ausschreitungen, welches man gedanklich sofort im Kopf hat. Die Strategie der Rechtsextremisten hat sich gewandelt. Gerade die NPD versucht gezielt, **ihren rechtsextremen Charakter in den Hintergrund zu rücken** und eine Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung zu erreichen. Die geschieht häufig dadurch, dass sie „politisch weiche“ Themen aufgreifen, die in der Öffentlichkeit relativ populär sind und diese so für ihre Zwecke instrumentalisieren. Ein Beleg dafür war die Teilnahme der NPD-Aktivisten an den Montagsdemonstrationen gegen die Arbeitsmarktreform „Hartz IV“ im Herbst 2004.

Auch im Landkreis Rottal-Inn ist die rechtsextreme NPD bemüht, sich als demokratische Bürgerpartei zu präsentieren. Besonders bedenklich stimmen muss uns alle die Tatsache, dass die Rechtsextremisten in unserem Landkreis **hauptsächlich die Jugendlichen ins Visier** genommen haben und ganz bewusst in dieser Zielgruppe auf Stimmen- und Mitgliederfang gehen. Die NPD unternimmt hier Verteilaktionen von so genannten „Schulhof-CDs“, mit rechtsradikaler, Gewalt verherrlichender Musik, verteilt rechtsextremes Info-Material, schürt Ressentiments gegenüber Mitbürgerinnen und Mitbürgern ausländischer Abstammung und lockt Jugendliche mit „Freibier-Aktionen“.

Eine demokratisch verfasste Gesellschaft darf nicht den Fehler begehen, Rechtsextremismus als etwas Nebensächliches zu begreifen, als etwas, was sich im Laufe der Zeit wieder von selbst erledigen würde. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus kann **nicht allein durch ein Parteienverbot geschehen**, vielmehr erfordert dies **gesellschaftliche Initiativen auf lokaler Ebene**, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich Jugendliche mit rechtsextremen Einstellungen nur zum Teil in Gruppen oder in der NPD organisieren. Das Ziel ist, die rechtsextremen Denk- und Verhaltensmuster zu bekämpfen. Rechtsradikale Jugendliche dürfen nicht für den Rest ihres Lebens in eine Ecke gestellt werden.

In Jugendgruppen, Jugendzentren und vor allem in den Schulen müssen die gesellschaftlichen Ursachen des Rechtsextremismus aufgearbeitet werden. Der Staat hat die Aufgabe, spezielle, **kontinuierliche Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer und Jugendleiter** zu fördern. Erforderlich sind regional ausgerichtete Projekte mit rechtsgerichteten Jugendlichen unter sozialpädagogischer Betreuung und der Einsatz von Jugendpflegern, Streetworkern in Gemeinden mit starken rechtsradikalen Gruppen. Solche Projekte anzuschließen und finanziell zu fördern, ist Aufgabe der Kommunalpolitik.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen die ehrenamtliche Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die unsere Jungsozialisten gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften und Einzelpersonlichkeiten innerhalb des „Rottaler Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ leisten. Wir treten ein für **demokratische Grundrechte**, die in einer Gesellschaft unverzichtbar sind. Wir bekennen uns zu einer **humanen und toleranten Gesellschaft**, in der jeder Mensch ohne Angst unterschiedlich sein kann. ■



## 9. Energiewende im Landkreis für unsere Umwelt und unsere Wirtschaft

Die stark gestiegenen Energiepreise sind zwar ein aktueller Anlass, sich stärker über Energieeinsparung und Alternativen zur derzeitigen Energieversorgung Gedanken zu machen, die Probleme sind aber schon viel länger bekannt: begrenzte fossile Energieträger (Erdöl, Erdgas und Kohle), Kriege um Öl, Versorgungsunsicherheit, Restrisiko und fehlende Entsorgung bei Atomkraftwerken (rechnet man sämtliche Subventionen und die Kosten beim Rückbau eines Atomkraftwerks zum Strompreis dazu, ist Atomkraft die teuerste Energie), Luftverschmutzung und Klimaveränderung.

Die herkömmliche Energiepolitik hat uns in eine Sackgasse geführt. Eine **Verringerung unserer Abhängigkeit vom Ausland** und von großen Energieversorgern muss vorangetrieben werden. Der Umstieg auf heimische, erneuerbare Energieträger (Sonne, Biomasse, Biogas, Kleinwasserkraft, Erdwärme, Wind, Holz, ... ) ist also ein dringendes Gebot der politischen Vernunft. Die Erstellung eines **landkreisweiten Energiekonzeptes** als Bestandsaufnahme und Bestandsanalyse ist anzustreben.

Es muss Energie sowohl für Strom als auch zum Heizen in wesentlich kleineren Einheiten hergestellt werden, in einem Ort oder Ortsteil. Ein Konzept zur **Energiekreislaufwirtschaft** für den Landkreis ist zu erarbeiten. Und es darf nicht weiter Abwärme der Industrie oder des Gewerbes oder von Heizkraftwerken ungenutzt an die Umwelt abgegeben werden. Die Förderung der Eigeninitiative zum Ausbau alternativer Energieträger ist zu begrüßen. Außerdem ist die Aufklärung über Energieeinsparung notwendig und zwingend.

Der Umstieg auf **erneuerbare Energien** stärkt die heimische Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze. Allein im Jahr 2006 entstanden auf diesem Sektor 350.000 neue Arbeitsplätze bundesweit. Da es sich um kleine Versorger handelt, entstehen diese Arbeitsplätze gerade in kleinen und mittelständischen Betrieben. Deshalb muss das Initiieren von Gesellschaften zur Energieerzeugung in den Gemeinden und im Landkreis forciert werden. Dabei kann jeder Bürger Miteigentümer bei einem Heizkraftwerk oder einer Photovoltaikanlage werden.

Die Energiewende kommt außerdem den Landwirten zu Gute. Das große **Biomassepotential** im Landkreis bietet für die Landwirte die große Chance, sich ein zweites Standbein aufzubauen und sich als Energiewirt zu betätigen. ■

## 10. Die Zukunft unserer Landwirtschaft

Die Rottal-InnSPD fordert einen verstärkten Einsatz für die **gentechnikfreie Landwirtschaft** in der Region. Wir müssen jetzt die Basis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft schaffen, bevor es zu spät ist und wir nur noch kontaminierte Felder haben!

Im neuen Gentechnikgesetz von Bundesminister Seehofer wird ein Abstand von 150 Meter zwischen konventioneller Landwirtschaft und gentechnisch verändertem Anbau vorgeschrieben. Jeder, der schon einmal in der Natur unterwegs war, weiß, dass Wind und Wetter unberechenbar sind und sich die Pollen nicht vorschreiben lassen, dass sie nicht

weiter als 150 Meter oder beim Bioanbau nicht weiter als 300 Meter fliegen dürfen. Auch Bienen fliegen in der Regel ca. 500 Meter. Unter diesen Voraussetzungen brauchen wir keine Aussaat von genveränderten Organismen zu Versuchszwecken im Freiland, keine Freilandversuche, da reicht der gesunde Menschenverstand.

Sicher ist, dass es ein friedliches Nebeneinander, die sogenannte Koexistenz, von herkömmlichem und genverändertem Anbau in der Landwirtschaft nicht geben kann. Einmal in die Natur ausgebrachtes genverändertes Saatgut ist nie mehr wieder rückholbar.

Es ist eine Riesenchance für unsere regionale bäuerliche Landwirtschaft, von grüner Gentechnik verschont zu bleiben und sich dafür einzusetzen, dass sich eine ganze Region - in diesem Fall das Land Bayern - zur **gentechnikfreien Zone** erklärt und genverändertes Saatgut im Freiland verbietet. Vor allem sind vor Ort Augen und Ohren offen zu halten und eventuelle schwarze Schafe ausfindig zu machen und ihnen die Tragweite ihres Handelns klar zu legen. Denn diese Entwicklung ist nicht umkehrbar, wie uns die kaputten Böden z.B. in Kanada und Südamerika lehren. Grüne Gentechnik nützt nur einigen weltweit operierenden Chemiekonzernen, die zum Saatgut auch gleich die passenden Pestizide liefern und die es vor dem Verkauf unfruchtbar gemacht haben, damit der Landwirt sich sein Saatgut nicht mehr selber züchten kann. Sollte es irgendwann der Fall sein, dass in anderen Bundesländern gentechnisch veränderter Anbau stattfindet, werden unsere heimischen Bauern mit ihren gentechnisch freien Produkten einen hohen Wettbewerbsvorteil erzielen.

Die **regionale Vermarktung** der bäuerlichen Produkte muss unterstützt und gefördert werden. Es kann und darf nicht sein, dass Erzeugnisse quer durch Europa gefahren werden, obwohl **vor der Haustür gesündere und frischere landwirtschaftliche Lebensmittel** angeboten werden können. Lebensmittel müssen Mittel zum Leben bleiben und nicht nur Mittel zur Stillung des Appetits sein.

Dabei ist die Forderung der Bauern nach einer **gerechten Entlohnung** zu unterstützen. Jeder, der hart arbeitet, muss für seine Leistung einen Preis erhalten, der den Produkten gerecht wird. Die hohe Qualität der niederbayerischen landwirtschaftlichen Produkte ist unbestritten und stellt hohe Anforderungen an die Bauern.

Von der geplanten Reform der Agrarsubventionen der EU werden die bayerischen Bauern profitieren. In Bayern liegen ein Drittel der deutschen Bauernhöfe, aber nur ein Siebtel der Agrarausgleichszahlungen gehen an bayerische Bauern. Es werden große Betriebe mit wenig Beschäftigten gefördert. Die EU-Kommission will diese Ungerechtigkeit neu regeln und die Arbeitskraft fördern, nicht die Maschinen.

Der Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer hat massiven Widerstand gegen die geplante Reform angekündigt. Wir werden unsere Bauern im Kampf gegen den Widerstand des Bundeslandwirtschaftsministers unterstützen, damit die Subventionen gerechter verteilt werden. Denn wir wollen unsere **niederbayerische ländliche Kultur erhalten und verteidigen.** ■

## IV. Zu guter Letzt

*Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,*

die Rottal-InnSPD bedankt sich, dass Sie unser Arbeitsprogramm 2008 gelesen haben. Unser Arbeitsprogramm reicht von kurzfristig umsetzbaren Zielen bis hin zu Zielen, deren Umsetzung mehr als eine Wahlperiode dauern kann.

Zum Schluss noch eine große Bitte an Sie:

Wählen ist ein demokratisches Grundrecht. Wer wählt, entscheidet mit, wie der Landkreis Rottal-Inn regiert wird und nimmt damit Einfluss auf die Politik. Wer nicht wählen geht, lässt zu, dass "die " tatsächlich machen, was sie wollen. Politikerinnen und Politiker sind Vertreter des Volkes und das Volk bestimmt, wer es vertritt. "Das Volk", das sind wir alle, jede und jeder einzelne. Und ja, Sie auch!

Wählen dauert nicht lange und erlaubt es, der Politik eine Rückmeldung zu geben, was man politisch ändern will. **Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Gehen Sie am 02. März zur Wahl** und unterstützen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der Rottal-InnSPD.

*Ihre Rottal-InnSPD*

*Renate Hebertinger*  
*Kreisvorsitzende*

*Kurt Vallée*  
*Fraktionsvorsitzender*



Weitere Informationen:

**[www.stark-fuer-rottal-inn.de.tf](http://www.stark-fuer-rottal-inn.de.tf)**

**[www.spd-rottal-inn.de](http://www.spd-rottal-inn.de)**

Kontakt:

SPD-Kreisverband Rottal-Inn  
Öttinger Straße 6 – 10  
84307 Eggenfelden  
Telefon: +49 (0)8721 66 00

Email: [info@spd-rottal-inn.de](mailto:info@spd-rottal-inn.de)

V.i.S.d.P.:

SPD-Kreisverband Rottal-Inn  
Renate Hebertinger, Kreisvorsitzende  
Simonsöder Allee 25  
84307 Eggenfelden